

Ressort: Politik

EU-Staaten einigen sich auf Fischerei-Reform

Brüssel, 27.02.2013, 10:01 Uhr

GDN - Die EU-Staaten haben sich in der Nacht zum Mittwoch auf eine Reform in der Fischereipolitik geeinigt. Ab Januar 2014 soll der Rückwurf von Beifang schrittweise verboten werden.

Die EU-Staaten wollen so die Überfischung bekämpfen. Die Einigung werde "die Art, wie Europa Fisch fängt, verändern", sagte der Verhandlungsleiter, der irische Fischereiminister Simon Coveney, am Mittwochmorgen in Brüssel. Die ungewollt gefangenen Fische werden bisher oft verletzt oder tot zurück ins Meer geworfen. Da sich Beifänge nicht ganz vermeiden lassen, sollen sie in einer gewissen Höhe erlaubt bleiben. In fünf Jahren dürften noch sieben Prozent der ungewollt gefangenen Fische zurück ins Meer geworfen werden, sagte Coveney. Nun beginnen die Verhandlungen mit dem EU-Parlament, welches der Reform zustimmen muss. Außerdem wolle die EU im April darüber beraten, die Fischer mit EU-Geldern bei Investitionen etwa in bessere Netze für den gezielteren Fischfang zu unterstützen, sagte EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-8803/eu-staaten-einigen-sich-auf-fischerei-reform.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619